

Pensionisten erhalten höhere Renten

Die Fairness-Initiative hatte Erfolg. 17 Abgeordnete entschieden, dass die Rentenhöhe wieder durch den Mischindex berechnet wird.

Damian Becker

Rentner haben ab dem 1. Januar 2023 mehr Geld in der Tasche. Die Renten werden um 2,5 Prozent erhöht. Je nach Rentenstufe bedeutet dies einen Unterschied von zwischen 30 und 60 Franken.

Gestern stimmten 17 Abgeordnete für die sogenannte Fairness-Initiative, die Manfred Kaufmann (VU) und Johannes Kaiser (FBP) eingereicht haben. Liechtenstein wird somit zum Mischindex zurückkehren, mit dem die Auszahlungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) bis zum Jahr 2011 berechnet wurde. Die Rente wird analog zur Schweiz künftig im Zweijahres-Rhythmus mittels des Mischindex angepasst.

Die Hälfte der FBP-Fraktion stimmte für die Initiative, die andere dagegen. So auch drei VU-Abgeordnete. Die Oppositionsparteien Freie Liste und die DpL unterstützten die Initiative einhellig.

Besser gestellt als der Schweizer Nachbar

Der Liechtensteiner Rentner hat nicht nur mehr Geld in seiner Kasse als zuvor, sondern auch mehr als seine Schweizer Altersgenossen. Ein wenig mehr Geld hat der Liechtensteiner Rentner gegenüber dem Schweizer bis anhin gesamthaft erhalten. Zwar fällt die Rente in der Schweiz durch das Berechnungssystem des Mischindex höher aus – doch haben die Liechtensteiner stets



Manfred Kaufmann (Bild) und Johannes Kaiser hatten Erfolg mit der Initiative.

Bild: Daniel Schwendener

eine 13. Rente erhalten. Dennoch: Die Renten in Liechtenstein veränderten sich seit dem Jahr 2011 nicht. Die Teuerung hat sich nie in dem Masse erhöht, dass eine Anpassung möglich gewesen wäre. Beim

Mischindex wäre dies anders verlaufen. Dieser hängt nicht nur von der Teuerung ab, sondern ebenso wird der Medianlohn eingerechnet. Der Medianlohn ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit ei-

nem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Dieser liegt in Liechtenstein mittlerweile bei 6852 Franken brutto. Die grösser werdende Schere zwischen Medianlohn und Rentenhöhe stiess gestern

bei den Abgeordneten auf Unmut. So sagte Walter Frick (VU): «Während der Medianlohn kontinuierlich und beträchtlich angestiegen ist, verharrten die Renten auf dem gleichen Niveau. Das ist nicht gerechtfertigt.» Auch kommende Generationen würden von der Anpassung profitieren, fügte er an. Finanziert soll die Rente gemäss Vorschlag der Initianten durch die IV werden. «Diese ist momentan überfinanziert», so Mitinitiant Manfred Kaufmann. Die Regierung hat sich betreffend Finanzierung noch Gedanken zu machen.

Tumult, obwohl es die zweite Lesung war

Landtagspräsident Albert Frick (FBP) hatte mit einer kurzen Lesung gerechnet. Schliesslich war es die zweite, bei dem nur Gesetzesartikel beschlossen werden sowie zusätzliche Anträge gestellt werden dürfen. Grundsatzdiskussionen finden dagegen in der ersten Lesung statt. Fricks Rechnung ist nicht aufgegangen. Die Abgeordneten führten Votum um Votum, um ihre Meinung kundzutun.

So sagte Daniel Seger (FBP), dass Arbeitstätige die AHV-Kosten zu tragen haben und arbeiten müssen, während ältere Menschen sich die Zeit nehmen können, um als Zuschauer im Landtagsgebäude oder von zu Hause die Debatte mitzuverfolgen. Er sähe den Umstand nicht als fair an und stand der Initiative kritisch gegenüber. Herbert Elkuch (DpL)

erklärte ihm, dass das Stimmvolk im Jahr 1952 für das Umlageverfahren stimmte. Auch die heutigen Pensionisten hätten damals die Rente für ihre ältere Generation einbezahlt. «Und auch die hohen Reserven stammen zum Teil von ihnen.» Landtagspräsident Albert Frick wollte die Diskussion nicht aus dem Ruder laufen lassen. Er unterbrach Elkuch und wies ihn darauf hin, dass dies bereits alles Ende August diskutiert wurde. Auch unterbrach er Sebastian Gassner (FBP), der die Grundsatzdiskussion weiter führen wollte. «Ich musste mich früher auch unterbrechen lassen», sagte Frick zu ihm, als Gassner weiter fortfuhr. Weitere Abgeordnete haben sich im Laufe der Debatte eingebracht, ohne dem Gesetzesprozess etwas beizusteuern. Die Diskussion wurde unnötig in die Länge gezogen.

Tumult entstand ebenso durch die beiden Initianten. Sie hatten eine weitere Vorlage – wenige Minuten vor der gestrigen Sitzung – eingereicht. Vorgeslagen wurde, die Rente um 2,5 Prozent anstatt um 3 Prozent zu erhöhen. Die Kurzfristigkeit bezeichnete Gesellschaftsminister Frick als «fahrlässig». Die Auswirkungen seien nicht geprüft. Mitinitiant Johannes Kaiser wehrte sich: «Wir sind nicht erpicht darauf. Es ist lediglich ein Vorschlag zur Güte.» So wurde dies im Plenum nicht aufgefasst. Albert Frick sagte, dass ihn der Vorgang verwirre. Die Initianten zogen den Vorstoss zurück.